

Beschlussvorlage

Drucksache - Nr.

178/25

Beschluss	
Nr.	vom
wird von StSt OB-Büro ausgefüllt	

Dezernat/Fachbereich:
Fachbereich 10,
Bürgerservice

Bearbeitet von:
Adelmann, Alexa

Tel. Nr.:
82-2472

Datum:
05.10.2025

-
1. **Betreff:** Antrag der FBO auf Sofortmaßnahmen für mehr Sicherheit und Ordnung in Offenburg
-

2. Beratungsfolge:	Sitzungstermin	Öffentlichkeitsstatus
1. Gemeinderat	10.11.2025	öffentlich

Beschlussantrag (Vorschlag der Verwaltung):

1. Der Gemeinderat befasst sich mit dem Antrag der FBO-Fraktion vom 20.08.2025 und nimmt diesen zur Kenntnis.
2. Der Gemeinderat beschließt, die weitere Beratung und Entscheidung über die im Antrag angesprochenen Inhalte im Zusammenhang mit der anstehenden Befassung über die von der Verwaltung erarbeiteten Maßnahmen aus dem Sicherheitsaudit vorzunehmen.

Beschlussvorlage

Drucksache - Nr.

178/25

Dezernat/Fachbereich:
Fachbereich 10,
Bürgerservice

Bearbeitet von:
Adelmann, Alexa

Tel. Nr.:
82-2472

Datum:
05.10.2025

Betreff: Antrag der FBO auf Sofortmaßnahmen für mehr Sicherheit und Ordnung in Offenburg

Sachverhalt/Begründung:

Die FBO-Fraktion beantragt Sofort- und mittelfristige Maßnahmen zur Verbesserung von Sicherheit und Ordnung im öffentlichen Raum. Inhaltlich gliedert sich der Antrag in fünf Bereiche:

- Einführung und Ausgestaltung eines Kommunalen Ordnungsdienstes (KOD)
- verstärkte Polizeipräsenz und gezielte Maßnahmen im öffentlichen Raum
- konsequentes Vorgehen bei Straftaten
- Schutzkonzepte für gefährdete Gruppen
- bauliche und infrastrukturelle Maßnahmen (Beleuchtung, Rückschnitt etc.)

Zudem werden Vorschläge zu Präventions- und Sozialmaßnahmen, zur Finanzierung sowie zur Evaluation unterbreitet.

Teile des Antrags betreffen Aufgaben, die in die kommunale Zuständigkeit fallen, z.B.:

- bauliche und infrastrukturelle Verbesserungen im öffentlichen Raum (Beleuchtung, Rückschnitt von Sträuchern),
- kommunale Präventions- und Informationsangebote (Selbstschutzkurse, Präventionsarbeit in Schulen),
- kommunale Evaluation (Bürgerbefragungen, Erfolgskontrolle).

Die meisten dieser Themen wurden bisher schon im Rahmen der Kommunalen Kriminalprävention von der Stadt gemeinsam mit den Partnern beim Polizeirevier und Polizeipräsidium bearbeitet.

Die Verwaltung bereitet darüber hinaus aktuell noch weitere Maßnahmenpakete auf Basis der Sicherheitsbefragung vor, welche dem Gemeinderat wie beschlossen Anfang 2026 vorgestellt werden sollen.

Andere Inhalte des Antrags betreffen staatliche Aufgaben, die in der Zuständigkeit von Polizei, Staatsanwaltschaft oder höhere Ausländerbehörden liegen. Dazu zählen insbesondere:

- verstärkte Polizeistreifen und Polizeipräsenz,
- strafrechtliche Verfolgung von Drogenhandel oder Vandalismus,
- Aufenthaltsbeendigungen bei Mehrfachstraftätern.

Diese Punkte können vom Gemeinderat nicht beschlossen, sondern allenfalls als politische Willensbekundung formuliert werden.

I. Vom Gemeinderat bereits beschlossene Maßnahmen:

1. Kommunalen Ordnungsdienst (KOD) – Drucksache-Nr. 239/24

Der Antrag fordert den Einsatz eines KOD mit flexiblen Einsatzorten und -zeiten, bestimmten Befugnissen sowie flankierenden Maßnahmen (z. B. Bodycams, gemeinsame Streifen mit der Polizei, Quartiersbeamte).

Beschlussvorlage

Drucksache - Nr.

178/25

Dezernat/Fachbereich:
Fachbereich 10,
Bürgerservice

Bearbeitet von:
Adelmann, Alexa

Tel. Nr.:
82-2472

Datum:
05.10.2025

Betreff: Antrag der FBO auf Sofortmaßnahmen für mehr Sicherheit und Ordnung in Offenburg

- Der KOD wurde bereits vom Gemeinderat am 24.02.2025 beschlossen und befindet sich aktuell in der Umsetzung.
- Die Teamleitungsstelle ist besetzt. Für die weiteren Stellen finden die Vorstellungsgespräche im Oktober statt.
- Die Einsatzplanung wird derzeit durch die Verwaltung erarbeitet. Sie muss, wie in der Sitzung des Haupt- und Bauausschusses am 10.02.2025 vorgestellt, stets flexibel bleiben und sich an den Bedarfen orientieren. Diese Bedarfe ergeben sich zum einen aus dem Lagebild, aktuellen Veranstaltungen / Entwicklungen, aber auch und insbesondere aus den Ergebnissen des Sicherheitsaudits.
- Der Einsatz von Bodycams ist dem Polizeivollzugsdienst vorbehalten.

2. Straßensozialarbeit – Drucksache-Nr. 239/24

Die Straßensozialarbeit wurde mit 2,5 Stellen entsprechend des GR-Beschlusses vom 24.02.2025 im September 2025 ausgeschrieben. Auf diese Ausschreibung haben sich keine freien Träger beworben. Es wird nun überlegt, ob nochmals eine weitergehende Ausschreibung erfolgt oder die Stellen bei der Stadtverwaltung angesiedelt und ausgeschrieben werden sollen.

3. Erarbeitung von Maßnahmenpaketen auf Grundlage des Sicherheitsaudits – Drucksache-Nr. 230/24

Die im Antrag enthaltenen Maßnahmen überschneiden sich in weiten Teilen mit den Themenfeldern, die bereits im Rahmen des Sicherheitsaudits untersucht wurden. Dieses Audit bildet die Grundlage für ein gesamtstädtisches Maßnahmenpaket. Die Inhalte werden derzeit spezifisch anhand der Ergebnisse der Sicherheitsbefragung sowie in enger Abstimmung mit Polizei, Sozialarbeit, Stadtentwicklung, Gleichstellung und vielen weiteren Fachstellen erarbeitet. Hierzu haben bereits Auftaktveranstaltungen sowie darauf aufbauende Arbeitsgruppensitzungen stattgefunden. Soweit Maßnahmen bereits umgesetzt werden konnten ist dies erfolgt bzw. steht aktuell in Planung.

Die Verwaltung beabsichtigt, die Ergebnisse in der Sitzung des Haupt- und Bauausschusses am 02.03.2026 vorzulegen.

Eine isolierte Behandlung des Antrags würde die übergeordnete Gesamtsteuerung durch das Sicherheitsaudit durchbrechen und birgt die Gefahr paralleler bzw. widersprüchlicher Beschlüsse. Aus Sicht der Verwaltung ist es daher sachgerecht, die Beratung des Antrags in den Prozess des Sicherheitsaudits einzubetten.

4. Durchführung eines weiteren Sicherheitsaudits in 2028 – Drucksache-Nr. 230/24

Beschlussvorlage

Drucksache - Nr.

178/25

Dezernat/Fachbereich:
Fachbereich 10,
Bürgerservice

Bearbeitet von:
Adelmann, Alexa

Tel. Nr.:
82-2472

Datum:
05.10.2025

Betreff: Antrag der FBO auf Sofortmaßnahmen für mehr Sicherheit und Ordnung in
Offenburg

Wie in der Vorlage Anfang 2025 erläutert und vom Gemeinderat beschlossen, soll im Rahmen eines weiteren Sicherheitsaudits in 2028 eine erste Überprüfung der Wirksamkeit der bis dahin getroffenen Maßnahmen erfolgen. Eine frühere Durchführung eines weiteren Sicherheitsaudits ist aus Sicht der Gutachter nicht opportun.

5. Prüfung Videoschutz im Bahnhofsumfeld – Drucksache-Nr. 230/24

Entsprechend des GR-Beschlusses wird aktuell geprüft, ob und wie ein Videoschutz insbesondere im Bahnhofsumfeld, möglich ist. Wie beschlossen soll das Ergebnis dem Gemeinderat Ende 2025/Anfang 2026 vorgestellt werden.

II. Polizeipräsenz und konsequentes Vorgehen bei Straftaten

Die Forderungen nach verstärkten Polizeistreifen und einer konsequenten Strafverfolgung betreffen ausschließlich staatliche Aufgaben. Der Gemeinderat hat hier keine unmittelbare Beschlusskompetenz. Die Verwaltung steht im regelmäßigen Austausch mit der Polizei, insbesondere auch bezüglich des Maßnahmenpakets auf Basis des Sicherheitsaudits.